

## **Stellungnahme vom 14. November 2012**

### **Der Landesintegrationsrat sieht den Staat bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und -populismus in der Pflicht**

Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch“ stellt kein überraschendes Ergebnis zur Verbreitung des rechtsextremistischen Gedankenguts in der Gesellschaft dar. Vielmehr ist seit Jahren erkennbar und in diversen Studien belegt, dass der Rechtsextremismus und -populismus sowie die Islamfeindlichkeit keineswegs Randprobleme, sondern eindeutig in der Mitte der Gesellschaft zu verorten sind. Besorgniserregend ist vor allem die in der Studie dargestellte Höhe der Ausländerfeindlichkeit mit 25,1 % und der Islamfeindlichkeit mit 57,5 %.

Die öffentliche Debatte über die „Integration von Migrantinnen und Migranten“ wird in Deutschland nicht selten ausschließlich unter ethnischen Gesichtspunkten geführt, was leider die Suche nach den geeigneten Integrationskonzepten erschwert. Die Herkunft und ihr zugeschriebene Hemmnisse für eine gelungene Integration nehmen insgesamt eine viel zu bedeutende Rolle als Erklärungsmuster ein, während die gestaltende Rolle des Staates und eine migrantenfreundliche Atmosphäre in der Gesellschaft unterschätzt werden. Insofern nimmt es kein Wunder, dass der Anteil der Menschen, die Mitmenschen anderer Herkunft als bedrohlich ansehen und xenophob eingestellt sind, zunimmt. Notwendig ist es in jedem Fall, dass der Staat Probleme wie defizitäre Schulleistung, mangelnde Deutschkenntnisse oder hohe Arbeitslosigkeit bei den Migrantinnen und Migranten nicht nur auf die Herkunft zurückführt, sondern auch als soziale Probleme erkennt und dafür Lösungen anbietet.

Die Ethnisierung sozialer Probleme ist inzwischen die bewährte Methode von Autoren wie Sarrazin und Buschkowsky, um sich in Szene zu setzen. Bereits die mediale Aufmerksamkeit beim Buch des ehemaligen Bundesbankers Thilo Sarrazin und die allgemeine Zustimmung zu seinen rassistischen Thesen haben in jüngster Vergangenheit verdeutlicht, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus sich nicht auf „die Spitze des Eisberges“ beschränken darf. Auch der Berliner Bürgermeister Heinz Buschkowsky versucht mit einem ähnlichen Buch Migrantinnen und Migranten zu diffamieren. Verwunderlich ist es nur, dass der SPD-Parteivorstand den Autor in seinen Kreis einlädt und indirekt Werbung für sein Buch macht. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland räumt den Parteien eine wichtige Funktion bei der politischen Willensbildung ein und stellt sie unter seinen besonderen Schutz. Die

demokratischen Parteien sind im Gegenzug verpflichtet, mit diesem Auftrag verantwortungsvoll umzugehen und die Verbreitung rassistischer und extremistischer Meinungen aus der Partei heraus zu verhindern.

Die Studie belegt, dass analog zur Ausländerfeindlichkeit die Islamfeindlichkeit zugenommen hat, denn 56,3 % der Deutschen halten den Islam für eine „archaische Religion“. Die Autoren resümieren daraufhin, „dass sich Rassismus in hohem Maße auf den Islam verschiebt“. Der undifferenzierte Umgang mit der Religion vieler Menschen stellt in diesem Zusammenhang ein großes Problem dar. Sehr häufig wird der Islam mit seinen politisch extremistischen Erscheinungsformen in den Medien und von manchen Politikern gleichgesetzt. Dies untergräbt nicht nur das unvoreingenommene Zusammenleben von Migrantinnen und Migranten mit den Deutschen, es leistet auch der Diskriminierung von Muslimen in der Gesellschaft Vorschub. In diesem Zusammenhang wirkt der ausgrenzende Satz vom Bundesinnenminister Friedrich „der Islam gehört nicht zu Deutschland“ wie Öl ins Feuer.

Alle Fakten sprechen dafür, dass rechtsextreme Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft Verbreitung finden. Migrantinnen und Migranten stoßen zunehmend auf Ablehnung, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. In dieser prekären Lage hat die Aufdeckung der NSU-Morde das Vertrauen vieler Menschen in den deutschen Staat erschüttert. Nun kommt es darauf an, mit der Aufklärung der Morde Migrantinnen und Migranten das Signal zu senden: Sie sind ein Teil Deutschlands, mit allem was sie ausmacht, mit ihrer Sprache, ihrer Kultur, ihrer Religion und mit ihrem Anderssein.

Darüber hinaus müssen alle Migranten rechtlich gleichgestellt werden. Daher fordert der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen:

- eine doppelte Staatsbürgerschaft und
- ein kommunales Wahlrecht zuzulassen,
- die Regelungen des Ehegattennachzuges zu überarbeiten und
- die Options- und Visumpflicht abzuschaffen.